

„Der größte Bankraub der Geschichte“

Ein Gespräch über die Schuldenkrise, das Kapital und eine menschliche Marktwirtschaft

| ULRICH THIELEMANN | Finanz- und Schuldenkrise halten seit Jahren die Welt in Atem. Über lange Zeit war das Mantra von Ökonomie und Politik, dass der Wettbewerb des Marktes das Wohl der Menschen fördert. Märkte und das Finanzkapital politisch oder gesellschaftlich zu beschränken, galt für viele als undenkbar. Hat die globale Finanzkrise zu einem Umdenken in der Ökonomie geführt? Fragen an einen Wirtschaftsethiker.

Forschung & Lehre: Lloyd C. Blankfein von Goldman Sachs behauptete im Jahr 2009, Banken dienten einem sozialen Zweck und machten damit die „Arbeit Gottes“ („God’s work“). „Wir sind sehr wichtig. Wir unterstützen Unternehmen dabei zu wachsen, indem wir ihnen helfen, Kapital zu bekommen. Unternehmen, die wachsen, schaffen Wohlstand. Dies wiederum schafft Arbeitsplätze, die wiederum mehr Wachstum und Wohlstand schaffen. Dies ist ein tugendhafter Kreislauf“, sagte er. Stimmen Sie dieser Beschreibung zu?



Dr. Ulrich Thielemann, Privatdozent an der Universität St. Gallen, war im Sommersemester 2011 Gastprofessor für Wirtschaftsethik an der Universität Wien. Er ist Direktor des MeM, Denkfabrik für Wirtschaftsethik.

Ulrich Thielemann: Dies ist Kapitalmarktgläubigkeit in Reinform. Und Lloyd Blankfein weiß das ganz genau. Er weiß, was er tut. Er sieht ja, dass er bei irgendeiner Zentralbank für ein Prozent Zinsen Kapital aufnehmen und dieses dann für sagen wir fünf Prozent weiterreichen kann, übrigens auch an die von Schulden gebeutelten Staaten. Er sieht, dass seine Milliarden messenden Gewinne und Boni im Wesentlichen gigantische Abschöpfungserfolge darstellen, die mit Wertschöpfung wenig gemein haben. Doch er denkt sich: Lauerst da nicht im Hintergrund das ökonomistische Mantra, welches in so ziemlich jedem ökonomischen Lehrbuch steht? Wenn Kapitalrenditen erzielt werden, wenn die Arbeitgeber Gewinne machen, dann, und nur dann, werden doch endlich die dringend benötigten Arbeitsplätze geschaffen, weshalb das Kapital, wie es Hans-Werner Sinn einmal formulierte, zu „hofieren“ sei. Und so wurde die Erzielung von Kapitaleinkommen ja dann auch vielfach begünstigt, etwa steuerlich.

Die weithin nach wie vor grassierende Kapitalmarktgläubigkeit besteht darin, nicht zu verstehen, dass die „Schaffung“ von Arbeitsplätzen unvermeidlich zur „Zerstörung“ von Arbeitsplätzen an anderen Orten führt. Dies ist einfach der Wettbewerb, der hierdurch weiter angefeuert wird. Wir sollten uns heute in Freiheit fragen, ob wir mehr davon wollen, ob der Wettbewerbs- und Wachstumsdruck noch dem guten Leben dient und ob dem Kapital, das sind

wir mehr oder minder alle, weitere Abschöpfungserfolge zuzugestehen sind. Die derzeitige Krise ist ein deutliches Zeichen dafür, dass diese Frage zu verneinen ist.

F&L: Warum haben sich die Staaten in den vergangenen Jahren immer mehr verschuldet? Warum haben sie ihre Ausgaben über Kredite finanziert?

Ulrich Thielemann: Derzeit wird eine reichlich bizarre Diskussion geführt, die dazu führt, dass alle „Sparen“ und im Gleichklang „Schulden abbauen“ rufen. Als sei dies das Gleiche. „Sparen“ bedeutet Senkung der Staatsausgaben. Die Staatsquote hat sich vor allem in den 1960er und 1970er Jahren erhöht und bewegt sich seit Mitte der 1970er Jahre ziemlich konstant bei etwa 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In den Nullerjahren ist sie sogar gesunken. Und dies, obwohl die vielen, für unser aller Wohlergehen wichtigen Staatsausgaben mit der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft eher zunehmen. Man denke an die Altersversorgung, an Schulen, Straßen und vieles mehr. Da lässt sich vieles nicht rationalisieren.

Die Frage ist, wie die Staatsausgaben finanziert werden. Und da sind wir bei den Schulden. Trotz des deutlich gestiegenen Anteils der Kapitaleinkommen an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung hat man das Kapital immer weniger zur Finanzierung des m.E. unabwiesbaren staatlichen Ausgabenbedarfs herangezogen. Statt das Kapital zu besteuern, hat man sich bei ihm verschuldet. Die Staatsschuldenquote ist vor allem in den 1990er Jahren angestiegen und verblieb dann auf einem relativ hohen Niveau von etwa 65 Prozent. Sie ist dann im Zuge der Finanzkrise durch die

hänge aber breitenwirksam verstanden werden. Was von einer weitestgehend marktgläubig geprägten Ökonomik allerdings verhindert wird. Und diese lässt es auch nicht zu, dass sich Positionen, die die Marktlogik distanziert-kritisch betrachten, innerhalb der ökonomischen Wissenschaften etablieren können. Wer will, kann dies als Skandal bezeichnen.

F&L: Die „wohltuende Wirkung des Marktes“ scheint von den meisten Ökonomen unbestritten zu sein. Der Rest der Bevölkerung ist hier eher skeptisch. Warum ist das so?

Ulrich Thielemann: Die Ökonomen schauen in Modelle und finden dort: Schaut her, wenn das Kapital hofiert wird, wächst die Wirtschaft. Und dies ist doch „wohltuend“. Hingegen spüren die Bürger, dass die Wirkungen von Markt und Wettbewerb immer weniger „wohltuend“ sind. Sie spüren, dass der Wettbewerbsdruck zunimmt und vielfach als unerträglich empfunden wird. Sie empfinden Stress und Burn-Out. Sie sind mit einem ökonomisch zunehmend radikalisierten Management konfrontiert, welches ständig neue Restrukturierungsprogramme durchpeitscht, um nur ja die Investoren zufrieden zu stellen. Sie selbst bleiben dabei mit ihren Vorstellungen von guter Arbeit auf der Strecke. Sie sehen, dass die besonders Cleveren gerade für ihre ökonomische Radikalität fürstlich entlohnt werden, sie selbst sich hingegen mit tieferen Einkommen zufrieden geben müssen. Sie empfinden Groll, berechtigten Groll, weil sie da nicht mitmachen möchten, sich aber genau dazu gezwungen sehen.

F&L: Sind nicht „Austeritätsprogramme“, also das eiserne Sparen, der beste Weg zur Lösung der Schuldenkrise?

Ulrich Thielemann: Mit den Austeritätsprogrammen, die jetzt überall installiert werden, mit den „Rosskuren“, die Hans-Werner Sinn als alternativlos bezeichnet, wird versucht, die Errungenschaften des Sozialstaates einzuziehen. Die aus Not beim Kapital aufgenommenen Mittel sollen nicht konsumiert, sondern zurückgezahlt werden. Und man geht auch nicht mehr davon aus, dass sie eine Investition darstellen, sich also durch Wachstum sozusagen von allein tilgen lassen. Natürlich haben die Key-

nesianer Recht, wenn sie sagen, die Austeritätsprogramme führen geradezu zu einer Verschärfung der Krise, weil den Leuten dann noch mehr das Geld fehlt, um all die Dinge, die da produziert werden, zu kaufen. Doch erstens könnten die Rentiers selbst die Produktionskapazitäten verkonsumie-

»Es muss um die Bändigung des Kapitals gehen, um die Verringerung seiner Macht.«

ren, ganz so, wie dies einige Analysten vorschlagen, indem sie für eine Plutonomie plädieren, in der große Teile der Wertschöpfung in den Luxuskonsum fließen und der Rest der Bevölkerung die Reichen mit Luxusgütern versorgt. Und zum zweiten könnten Neoliberale einwenden: Erst solche Rosskuren zwingen die Leute zu weiteren Wachstumsanstrengungen, und uns ist es dann egal, welches Leben die Leute dabei führen müssen und wem die Wachstumserfolge zufließen.

Die Austeritätsprogramme sind das genaue Gegenteil von dem, was heute angezeigt wäre. Sie sind unmittelbarer Ausdruck der Hofierung des Kapitals. Ihr Motto ist: „Hurra, wir arbeiten fürs Kapital.“ Es müsste im Gegenteil um die Bändigung des Kapitals gehen, um die Verringerung seiner Macht.

»Wir müssen stets eine Ethik voraussetzen, wenn wir sagen: da läuft etwas falsch.«

F&L: Das Weltsozialprodukt wuchs seit 1980 um den Faktor 6,3, der Gesamtbestand der nominellen Kapitalvermögen stieg um den Faktor 17,7. Fehlt dem Kapitalvermögen der realwirtschaftliche Bodenkontakt?

Ulrich Thielemann: So könnte man es formulieren. Diese Zusammenhänge können m.E. nur so gedeutet werden, dass es sich dabei größtenteils um Blasenkapital handelt, d.h. um illusionäre Vermögensbestände. Tumbe Neoliberale müssten sich ja über den Kapitalzuwachs freuen: Wunderbar, so können ja mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Ihnen kommt nicht in den Sinn, einfach mal zu fragen: Wer bitte soll die Renditen erwirtschaften, die diesem gigantisch angewachsenen Kapitaltopf eigentlich entsprechen müssten. Meine

These ist: die realwirtschaftlichen Akteure dieser Welt sind dazu nicht in der Lage. Sie sollen letztlich nicht zum entsprechenden Schuldendienst gezwungen werden. Die Folge wäre: Große Teile dieser Vermögensbestände müssten entwertet werden. Wie dies krisenfrei, also ohne in den „Abgrund“ gerissen zu werden, und wie dies fair möglich ist, man denke auch an die dummerweise zunehmend auf Kapitaldeckung umgestellte Altersversorgung, dies ist die Gretchenfrage.

F&L: Sie setzen sich für eine „Menschliche Marktwirtschaft“ ein, für Fairness. Könnten damit die gigantischen Finanzprobleme gelöst werden?

Ulrich Thielemann: Der Slogan „Menschliche Marktwirtschaft“ ist umfassend und programmatisch zu verstehen. Nämlich nicht nur als eine Marktwirtschaft, in der es „menschlich“ zugeht, in der sich die Akteure als Menschen achten und schätzen und nicht bloß als Mittel ihrer unstillbaren Renditeinteressen gebrauchen. Sondern auch als eine Marktwirtschaft, die in ihren Gesamtwirkungen als „menschlich“, als fair und als sozial und ökologisch verantwortungsvoll zu bezeichnen ist. Erst aus einer solchen ethisch-kritischen Perspektive lässt sich die Finanzkrise ja überhaupt als ein Problem fassen. Wir müssen stets eine Ethik voraussetzen, wenn wir sagen: da läuft etwas falsch. Dies methodisch-diszipliniert zu tun, dafür steht das Programm einer ethisch integrierten Ökonomik. Leider hat es bislang an Hochschulen praktisch keine Chance.

Ethik ist natürlich nicht nur Individualethik, sondern auch Ordnungsethik, eine Sache der Rahmenordnung, die heute eine globale zu sein hätte. Zwar würde durch einen menschlichen Umgang miteinander wohl mancher Renditedruck entschärft. Doch hat im Wettbewerb derjenige, der nicht nur auf Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit setzt, das Nachsehen. Daher bedarf es einer globalen Rahmenordnung, die letztlich auch eine Ordnung der Limitation der Marktkräfte und Marktmächte ist. Daher ist Wirtschaftsethik, unverkürzt verstanden, als politische Ökonomie zu betreiben. Die weltinnenpolitische Frage, vor der wir heute stehen, lautet: Wie begrenzen wir die ins Absurde gesteigerte Macht des Kapitals als dem de facto „Prinzipal“ dieser Welt?